

- 02 **Vermögen** Verluste für Eigenheimbesitzer
- 03 **Europa** Beschäftigte nur knapp im Plus
- 04 **Mitbestimmung** Arbeitnehmer ausgeschlossen
- 06 **Verteilung** Weniger Normalverdiener
- 07 **Arbeitsmarkt** Integration braucht langen Atem

RENTE

Weit entfernt von 67

Auf Druck der EU, gerade Deutschlands, führt nun auch Griechenland die Rente mit 67 ein. Dabei funktioniert sie nicht einmal in der Bundesrepublik. Aus dem letzten regulären Job scheiden Arbeitnehmer hierzulande meist mit Anfang 60 aus.

Der letzte sozialversicherungspflichtige Job endete für Angehörige des Geburtsjahrgangs 1940 im Mittel mit 59,8 Jahren. Bei den 1948 Geborenen waren es 61,7 Jahre. Das geht aus dem jüngsten Altersübergangs-Report des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) hervor. Zwar lässt sich daraus ein Trend zu längerer Beschäftigung im Alter ablesen. Doch die Werte sind weit von der Regelaltersgrenze für diese Jahrgänge entfernt. Letztere liegt bei 65 Jahren.

Bemerkenswert sei außerdem, so IAQ-Forscher Martin Brüssig, dass ein inzwischen wieder zurückgedrängtes sozialpolitisches Instrument lange Jahre wesentlichen Anteil am Anstieg des mittleren Austrittsalters hatte: Angehörigen der älteren Jahrgänge verhalf oft die Altersteilzeit zu längerer sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Ein Vergleich der unterschiedlichen Kohorten lässt außerdem erkennen, dass die „Spreizung des Austrittsalters“ im Zeitverlauf zugenommen hat: Ein Teil der Angehörigen jüngerer Jahrgänge arbei-

tet nun zwar länger. Trotzdem scheidet weiterhin eine große Gruppe deutlich vor dem 60. Geburtstag aus.

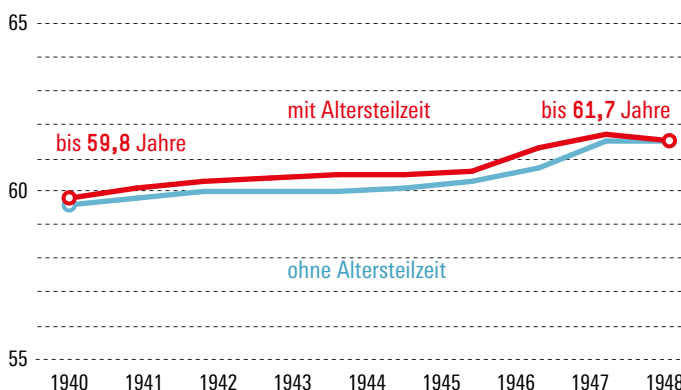
Damit sei die „soziale Ungleichheit im Altersübergang“ gestiegen, erklärt Brüssig. Die Ergebnisse der Untersuchung zeigten nicht nur, „dass die Altersgrenzen in der Rentenversicherung schneller gestiegen sind, als die Beschäftigten in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung nachziehen konnten“. Es werde auch deutlich, dass Rentenreformen mit ernsthaften Anstrengungen zur Herstellung altersgerechter Arbeitsbedingungen verbunden werden müssten.

Andernfalls wachse vor allem die Lücke zwischen letztem regulären Arbeitstag und Rentenbeginn. Diese Phase der Arbeitslosigkeit oder Überbrückung mit Minijobs dauerte bei den Angehörigen des Jahrgangs 1940 im Schnitt 365 Tage. Bei den fünf Jahre später Geborenen waren es schon 639 Tage. <

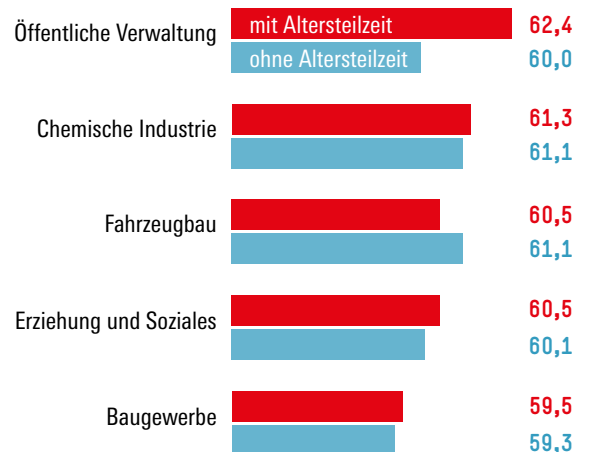
Quelle: Martin Brüssig: Alter beim Austritt aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung ist gestiegen, Altersübergangsreport 1/2015, September 2015, Download: bit.do/impuls0002

Altersteilzeit verlängert das Arbeitsleben

So lange arbeiteten 1940 bis 1948 Geborene im Mittel sozialversicherungspflichtig ...



So lange arbeitete der Jahrgang 1945 sozialversicherungspflichtig in der Branche ...



Verluste für Eigenheimbesitzer

Die Privathaushalte haben zwischen 2003 und 2013 Vermögen eingebüßt. Vor allem sinkende Immobilienwerte haben dazu beigetragen.

Die Sparquote der Privathaushalte lag in den vergangenen zwei Jahrzehnten fast durchgehend über neun Prozent. In der Vermögensbilanz scheint sich diese ausgeprägte Sparneigung allerdings nur begrenzt widerzuspiegeln: Wie Markus Grabka und Christian Westermeier vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) in einer von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Studie zeigen, sind die privaten Nettovermögen seit 2003 inflationsbereinigt geschrumpft. Für ihre Analyse haben Grabka und Westermeier Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) und des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) ausgewertet. Die Ergebnisse weichen von denen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wegen methodischer Differenzen zum Teil erheblich ab.

Den EVS-Daten zufolge ist das Nettovermögen der privaten Haushalte zwischen 2003 und 2013 nominal um 500 Euro oder 0,4 Prozent gestiegen. Inflationsbereinigt entspricht das einem Rückgang: In Preisen von 2010 besaßen die Haushalte 2013 im Schnitt 117.000 Euro und damit 20.000 Euro oder 15 Prozent weniger als 2003. Legt man die SOEP-Daten zugrunde, ergibt sich zwischen 2002 und 2012 ein Rückgang um 11 Prozent. Maßgeblich dazu beigetragen hat nach Einschätzung der DIW-Forscher die schwache Entwicklung der Immobilienvermögen, die laut EVS im Schnitt 20 Prozent und laut SOEP 14 Prozent an Wert eingebüßt haben. Zu starken Preissteigerungen beim Wohneigentum sei es erst seit 2011 und in erster Linie in bestimmten Großstadregionen wie München, Köln-Düsseldorf oder Berlin gekommen, während im Rest

genzmobilität: Im Zeitraum von 2002 bis 2007 mussten mehr als 40 Prozent der Befragten preisbereinigt Verluste hinnehmen, bei gut einem Achtel blieb das Vermögen nahezu unverändert und knapp 45 Prozent verzeichneten Zugewinne. Die größten Zuwächse weist mit im Mittel knapp 9.000 Euro zwischen 2007 und 2012 die Gruppe der 30- bis 39-Jährigen auf.

Entscheidend für den Vermögensaufbau sind der Studie zufolge neben regelmäßigem Sparen auch Tilgungen in Form von Kreditrückzahlungen. Darüber hinaus spielen Erbschaften und Schenkungen eine wichtige Rolle: Haushalte, die zwischen 2002 und 2007 in den Genuss von Schenkungen kamen, wurden dadurch im Mittel um 35.000 Euro reicher, bei den Erbschaften betrug der Zuwachs 18.000 Euro.

Schwierige Altersvorsorge

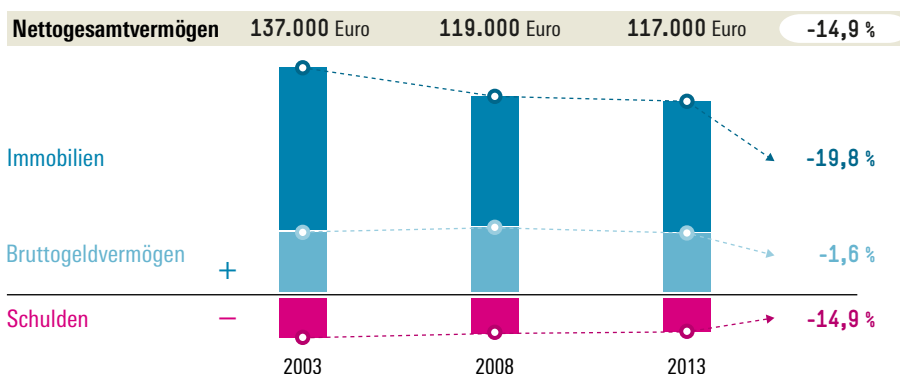
Dauerhaft zur Miete Lebende haben mit im Mittel weniger als 3.000 Euro die geringsten Nettovermögen. Die Zuwächse betragen real weniger als 300 Euro in fünf Jahren. „Das ist insofern problematisch, als schon kurzfristige Engpässe beim laufenden Einkommen das Vermögen aufzehren können“, so Westermeier. „Zudem bietet ein so geringes Vermögen keinen wirksamen Schutz vor Altersarmut.“

Auch in der Längsschnittanalyse sind die Vermögen sehr ungleich verteilt: Personen im obersten Zehntel der Vermögenspyramide besaßen 2012 durchschnittlich gut 420.000 Euro. Dagegen hatten Menschen in den beiden unteren Zehnteln im Schnitt nicht einmal 15.000 Euro. Hinzu kommt, dass die Daten von 2012 den Börsenboom der vergangenen Jahre, der überwiegend wohlhabenden Anlegern zugute gekommen sein dürfte, nur teilweise abbilden. Denn Superreiche sind im SOEP grundsätzlich deutlich unterrepräsentiert.

Wenn man die Entwicklung verschiedener Vermögensformen vergleicht, zeigen sich besonders starke Zuwächse beim Betriebsvermögen – um durchschnittlich 58.000 Euro zwischen 2007 und 2012. Bei den Immobilien sind die Trends der Studie zufolge uneinheitlich: Während selbstgenutztes Wohneigentum deutlich an Wert eingebüßt hat, konnten die Besitzer anderer Immobilien zwischen 2007 und 2012 im Schnitt ein Plus von über 20.000 Euro verbuchen. Die Geldvermögen sind insgesamt größer geworden. Bausparverträge und private Versicherungen, zu denen auch die Riester-Rente gehört, haben sich nach den Berechnungen von Grabka und Westermeier dagegen negativ entwickelt – was angesichts der Einschnitte bei der gesetzlichen Rente und der zunehmenden Bedeutung privater Altersvorsorge bedenklich sei. <

Betongold hat an Wert verloren

Deutsche Haushalte besaßen im Schnitt* ...



*in Preisen von 2010

Quelle: Grabka, Westermeier 2015 Grafik zum Download: bit.do/impuls0006 Daten: bit.do/impuls0007

Hans Böckler Stiftung

der Republik viele Eigenheime real an Wert verloren haben. Um Aussagen über die Entwicklung auf individueller Basis treffen zu können, haben die Ökonomen eine Längsschnittanalyse der SOEP-Daten durchgeführt. Für diese Analyse wurden ausschließlich die Angaben derjenigen Personen berücksichtigt, die zu mindestens zwei Zeitpunkten an der Befragung teilgenommen haben. Dabei zeigt sich ein hohes Maß an Vermö-

Quelle: Markus M. Grabka, Christian Westermeier: Reale Nettovermögen der Privathaushalte in Deutschland sind in den Jahren 2003 bis 2013 geschrumpft, in: DIW-Wochenbericht 34/2015, Download: bit.do/impuls0005

Beschäftigte nur knapp im Plus

Bei den Löhnen geht es in Europa wieder zaghaft bergauf.
Um die Krise zu überwinden, wären deutliche Steigerungen nötig.

Europas Arbeitnehmer haben eine lange Durststrecke hinter sich: Preisbereinigt sind die Löhne seit 2010 in elf EU-Staaten gesunken, in neun weiteren lagen die Zuwachsraten unter einem Prozent pro Jahr. Laut dem Europäischen Tarifbericht des WSI deutet sich mittlerweile zwar eine Trendwende an. Die leichten Zuwächse bei den Reallöhnen seien allerdings nicht einer expansiven Lohnpolitik, sondern in erster Linie der extrem niedrigen Inflation zu verdanken, so WSI-Experte Thorsten Schulten, der für seinen Bericht Daten der Europäischen Kommission ausgewertet hat.

Schultens Analyse zufolge ist die Position der Gewerkschaften in vielen Ländern nach wie vor durch hohe Arbeitslosigkeit geschwächt. EU-weit waren 2014 mehr als 24,8 Millionen Menschen ohne Job, was einer Arbeitslosenquote von 10,2 Prozent entspricht. Die Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern sind dabei erheblich: In Griechenland war mehr als ein Viertel der Erwerbsbevölkerung arbeitslos, in Deutschland nur 5 Prozent. Für 2015 rechnet die Kommission mit 23,5 Millionen Erwerbslosen und einer Quote von 9,6 Prozent.

Die Tarifverdienste in der Eurozone sind nach Berechnungen der Europäischen Zentralbank 2014 nominal im Schnitt um 1,7 Prozent gestiegen, die Effektivlöhne – also die tatsächlich gezahlten Gehälter – nur um 1,3 Prozent. Der WSI-Forscher führt dies zum einen darauf zurück, dass viele Unternehmen angesichts der hohen Arbeitslosigkeit kaum noch übertarifliche Leistungen zahlen. Zum anderen habe die Politik der EU in vielen Ländern Änderungen erzwungen, die auf weniger Tarifbindung hinauslaufen. Insbesondere den Krisenstaaten werde „Flexibilität nach unten“ bei der Lohnfindung verordnet.

Realer Anstieg dank niedriger Inflation

Schwerpunktmäßig hat Schulten die Tariflohnentwicklung in Deutschland, Österreich und Spanien analysiert, wobei er auf umfangreiche nationale Datenbanken zurückgreifen konnte. Demnach konnten die deutschen Arbeitnehmer 2014 bei den Tariflöhnen ein Plus von nominal 3,1 und preisbereinigt 2,3 Prozent verbuchen. In Österreich waren es nominal 2,3 und real 0,8 Prozent, in Spanien lag der reale Zuwachs deflationsbedingt mit 0,8 Prozent über der nominalen Steigerung von 0,6 Prozent. Seit 2009 haben sich die Tariflöhne deutlich auseinanderentwickelt: Deutschland verzeichnete real ein vergleichsweise hohes Wachstum. Österreich hat dagegen erst 2014 wieder das Niveau von 2009 erreicht. In Spanien wurde der reale Rückgang bei den Tariflöhnen erst 2014 durch die negative Preisentwicklung gestoppt.

Das Wachstum der nominalen Effektivlöhne in der EU weist dem WSI-Bericht zufolge eine rückläufige Tendenz auf: 2012 betrug die Steigerung 2,0 Prozent, 2013 waren es 1,7 Prozent, 2014 nur noch 1,2 Prozent. Den höchsten Anstieg verzeichnete im vergangenen Jahr Lettland mit 8,7 Prozent, das Schlusslicht war Kroatien mit -5,3 Prozent. Für 2015 erwartet die EU-Kommission im Schnitt ein Plus von 1,6 Prozent, also eine geringfügig dynamischere Entwicklung.

Wegen der sehr niedrigen Inflationsraten sind die effektiven Reallöhne 2014 mit 0,6 Prozent dagegen stärker gestiegen als

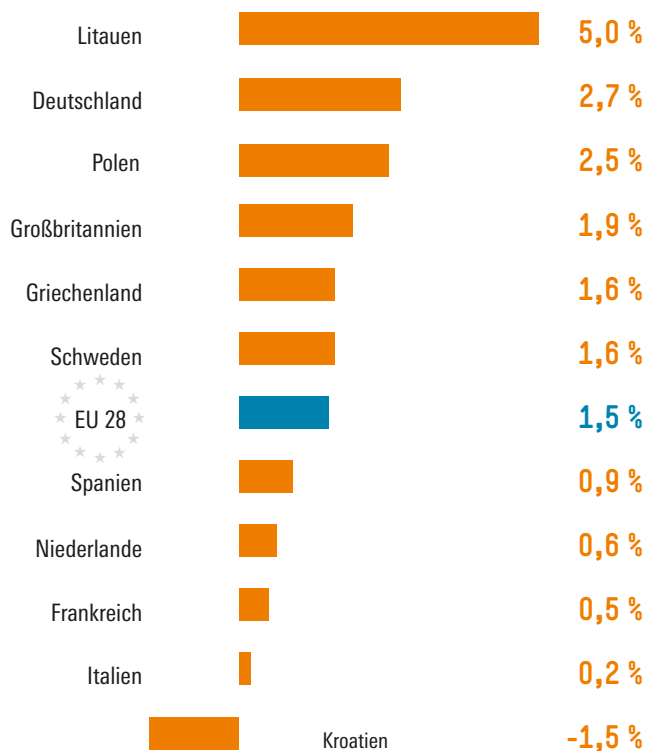
in den Vorjahren. Die höchsten Wachstumsraten weisen mit bis zu 8 Prozent die baltischen Staaten auf. In Deutschland, das 2009 als einziges EU-Land niedrigere Reallöhne hatte als 2001, betrug der Zuwachs 1,8 Prozent. In Griechenland, Portugal, Zypern, Kroatien, Polen und Slowenien sind die Verdienste real gesunken. Für 2015 prognostiziert die EU eine noch schwächere Preissteigerung und reale Zuwächse von durchschnittlich 1,5 Prozent bei den Arbeitseinkommen.

Dass sich die Inflation so verhalten entwickelt, dürfte laut Schulten zum einen an den niedrigen Energiepreisen liegen. Zum anderen mache sich die strikte Austeritätspolitik bemerkbar, die in vielen Ländern zu einem Einbruch der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und damit zu stagnierenden oder sinkenden Preisen geführt hat. Damit Europa aus der Krise kommt, empfiehlt der Tarifexperte, die „Fixierung auf Wettbewerbsfähigkeit“ zugunsten eines inklusiven Wirtschaftsmodells aufzugeben, das die Bedeutung der Löhne für die Binnenwirtschaft wieder in den Mittelpunkt rückt. <

Quelle: Thorsten Schulten: Europäischer Tarifbericht des WSI – 2014/2015, in: WSI-Mitteilungen 6/2015, Download: bit.do/impuls0008

Die Arbeitseinkommen wachsen wieder

So entwickeln sich 2015 die Reallöhne* gegenüber dem Vorjahr in ...



*Prognose der EU-Kommission Quelle: WSI 2015
Grafik zum Download: bit.do/impuls0009

Hans Böckler
Stiftung

Arbeitnehmer ausgeschlossen

Viele deutsche GmbHs haben keinen mitbestimmten Aufsichtsrat, obwohl sie dazu gesetzlich verpflichtet sind. Insgesamt häufen sich die Fälle, in denen Unternehmen die Mitbestimmung unterlaufen.

Hunderte, vor allem mittelständische, Unternehmen in Deutschland verstoßen gegen Gesetze zur Mitbestimmung und Regeln der Corporate Governance. Obwohl sie rechtlich dazu verpflichtet sind, haben sie keinen Aufsichtsrat, in dem auch Arbeitnehmer vertreten sind. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung von Professor Walter Bayer und Thomas Hoffmann. Die Juristen der Universität Jena haben auf Basis einer breit angelegten Stichprobe ermittelt, dass mehr als die Hälfte der untersuchten GmbHs die Vorschrift zur Einrichtung eines mitbestimmten Aufsichtsrates ignoriert. Die gesetzliche Mitbestimmung werde so in deutschen GmbHs „in erheblichem Maße unterlaufen“, schreiben die Autoren.

Dabei ist die Rechtslage in diesem Fall klar: GmbHs, die mehr als 500 Menschen in Deutschland beschäftigen, müssen nach dem Drittelbeteiligungsgesetz einen Aufsichtsrat einrichten, in dem die Anteilseigner zwei Drittel und die Arbeitnehmer ein Drittel der Kontrolleure stellen. Bei mehr als 2.000 Mitarbeitern ist der Aufsichtsrat paritätisch zu besetzen. Davon ausgenommen sind nur sogenannte „Tendenzbetriebe“, dazu zählen beispielsweise Medienunternehmen, kirchliche Krankenhäuser oder Wohlfahrtsverbände.

Für ihre Untersuchung haben Bayer und Hoffmann über Unternehmensdatenbanken und den Bundesanzeiger repräsentativ Firmen ermittelt, die zwischen 750 und 1.250 Beschäftigte haben, als GmbH firmieren und einen Einzelabschluss veröffentlichen. Diese Größe wählten die Wissenschaftler, um sicherzugehen, dass die Unternehmen mindestens unter das Drittelbeteiligungsgesetz fallen – auch wenn man, wie im Gesetz vorgegeben, alle leitenden Angestellten und Beschäftigte im Ausland abzieht.

Mehr als die Hälfte verstößt gegen das Gesetz

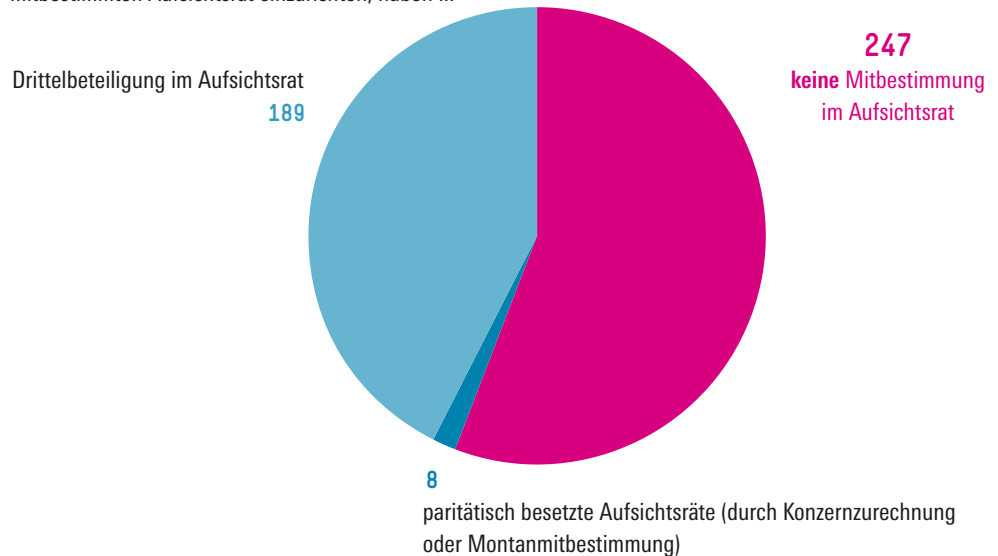
Die Forscher identifizierten 672 Unternehmen. Von diesen galten 228 als Tendenzbetriebe. In den übrigen 444 Unternehmen hätte es demnach eigentlich Aufsichtsräte mit Arbeitnehmervertretern geben müssen. Doch tatsächlich wiesen lediglich 197 GmbHs ein mitbestimmtes Kontrollgremium auf. 247 Firmen oder 56 Prozent der Stichprobe verstießen gegen das Drittelbeteiligungsgesetz.

Das Ergebnis der GmbH-Studie reiht sich ein in Beobachtungen, die Experten der Hans-Böckler-Stiftung schon länger machen. Immer häufiger umgingen Unternehmen die Arbeitnehmerbeteiligung im Aufsichtsrat, konstatiert Sebastian Sick, Unternehmensrechtler der Stiftung. In einem neuen Report analysiert Sick verschiedene Lücken im Mitbestimmungssystem, die Firmen dazu ausnutzen.

Deutlich zugenommen hat etwa die Zahl der Unternehmen, die eine ausländische Rechtsform als Komplementär zur deutschen Form wählen und beispielsweise als Limited oder Plc & Co. KG firmieren. Dadurch fallen sie nach herrschender Rechtsmeinung nicht mehr unter das Mitbestimmungsgesetz. Das ist nach europäischem Recht auch Firmen möglich, die ihren Sitz und den Schwerpunkt ihrer Geschäfte in Deutschland haben.

Viele Firmen unterlaufen die Mitbestimmung

Von 444 tendenzfreien GmbHs mit 750 bis 1.250 Beschäftigten, die laut Gesetz verpflichtet sind, einen mitbestimmten Aufsichtsrat einzurichten, haben ...



Quelle: Bayer, Hoffmann 2015 Grafik zum Download: bit.do/impuls0011

Hans Böckler Stiftung

Mittlerweile nutzen 94 Unternehmen mit mehr als 500 Arbeitnehmern in Deutschland eine ausländische Rechtsform und vermeiden damit die Mitbestimmung, wie kürzlich eine Analyse der Stiftung auf Basis einer weiteren Auswertung aus Jena gezeigt hat. Darunter sind große Firmen wie Air Berlin PLC & Co. KG oder der Entsorger Alba Group plc & Co. KG. Dessen Vorstandsvorsitzender ist Eric Schweitzer, der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages.

Auch unter den Unternehmen, die Bayer und Hoffmann in ihrer neuen GmbH-Studie als Problemfälle ermittelt haben, sind bekannte Namen, beispielsweise die Media-Saturn Deutschland GmbH, die Alltours Flugreisen GmbH oder die Herbert Kannegießer GmbH, ein Hersteller von Wäschereimaschinen.

Dabei beobachteten die Experten erhebliche Unterschiede zwischen Branchen: Während in der Industrie knapp 37 Prozent der untersuchten GmbHs keinen mitbestimmten Aufsichtsrat besaßen, waren es in Handel und Dienstleistungen gut 67 Prozent. „Die wesentlich höhere Mitbestimmungslücke im Dienstleistungssektor könnte möglicherweise auch im dort geringeren Organisationsgrad der Arbeitnehmer und den vielen kleinteiligen, zersplitterten Beschäftigungsverhältnissen ihre Begründung finden“, meinen Bayer und Hoffmann. Besonders drastisch beschreiben sie die Situation in der Arbeitnehmerüberlassung: Keine der untersuchten mittelständischen Leiharbeitsfirmen hatte einen mitbestimmten Aufsichtsrat.

Betriebsräten in mittelgroßen Unternehmen falle es oft sehr schwer, gegen die Geschäftsführung die Einrichtung eines mitbestimmten Kontrollgremiums durchzusetzen, konstatieren die Rechtswissenschaftler. Das dazu notwendige gerichtliche Verfahren sei „mit hohen rechtlichen und tatsächlichen Hürden verbunden“. Und die seien umso schwieriger zu überwinden, weil bei der Drittelbeteiligung – anders als bei der paritätischen Mitbestimmung – Gewerkschaften keinen eigenen Rechtsanspruch auf Einrichtung eines Aufsichtsrates geltend machen können. „Diese gesetzliche Anordnung bedürfte einer rechtspolitischen Überprüfung“, so die Forscher.

Verstöße werden bisher nicht bestraft

Eine Strafe müssen säumige Unternehmen bislang nicht fürchten – das Drittelbeteiligungsgesetz sieht keine staatlichen Sanktionen bei Nichtbeachtung vor. Allerdings wiesen Wirtschaftsprüfer in ihren Prüfberichten des öfteren darauf hin, dass die betreffenden Unternehmen gesetzliche Vorgaben verletzen – „zu Recht“, betonen die Autoren. Dadurch könnten sich Haftungsrisiken für die Geschäftsführung ergeben, die ihre gesetzlichen Pflichten verletze. Und diese Risiken dürften durch das neue Gesetz zur Geschlechterquote

Mitbestimmungslücke variiert nach Branche

Keine Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat hatten 2013 von den GmbHs mit 750 bis 1.250 Arbeitnehmern im Bereich ...

Handel und Dienstleistungen



Industrie

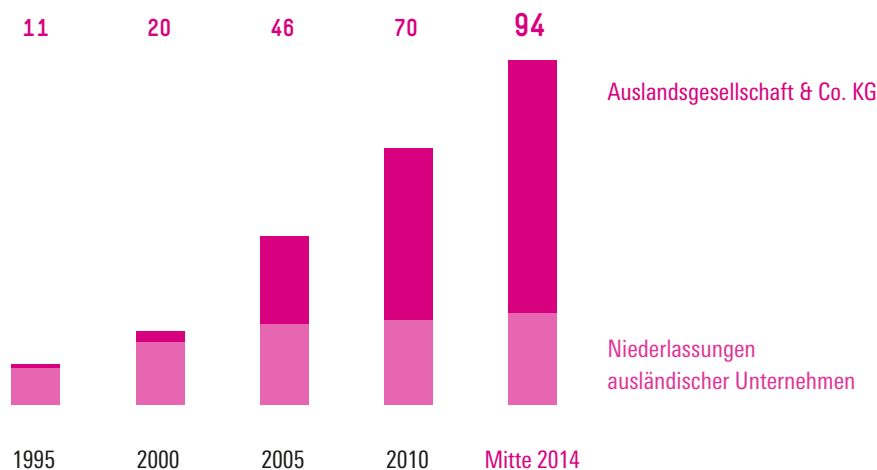


Quelle: Bayer, Hoffmann 2015
Grafik zum Download: bit.do/impuls0014

Hans Böckler
Stiftung

Problematischer Trend zu Plc & Co. KG

2014 gab es 94 Unternehmen mit ausländischer Rechtsform, die über 500 Beschäftigte, aber keine Mitbestimmung im Aufsichtsrat hatten. Davon existierten bereits ...



Quelle: Sick 2015 Grafik zum Download: bit.do/impuls0012 Detaildaten zu den Unternehmen: bit.do/impuls0013

Hans Böckler
Stiftung

noch wachsen. Denn danach sind Firmen, die entweder börsennotiert oder mitbestimmt sind, dazu verpflichtet, Zielgrößen für die geschlechtergerechte Besetzung von Führungspositionen festzulegen. Unternehmen, die rechtswidrig auf einen mitbestimmten Aufsichtsrat verzichten, verstoßen also auch gegen das Quoten-Gesetz. Bayer und Hoffmann empfehlen Geschäftsführern schon im eigenen Interesse „eine grundlegende Überprüfung der Mitbestimmungsverhältnisse“.

Böckler-Mitbestimmungsexperte Sick konstatiert erheblichen gesetzlichen Reformbedarf. Immer deutlicher zeigten sich in der Gesetzgebung zur Mitbestimmung Lücken und Inkonsistenzen. Es könne in einem demokratischen Rechtsstaat nicht sein, „dass es offenbar zur Unternehmensstrategie einiger gehört, Arbeitnehmer von ihrem Mitbestimmungsrecht im Aufsichtsrat fernzuhalten. Es ist höchste Zeit, dass dem politisch entschieden entgegengearbeitet wird. Sonst ist der Vorteil der Mitbestimmung für die Wirtschaft in Deutschland verspielt“, warnt der Jurist. Neben wirksamen Sanktionen bei Verstößen gegen die Pflicht zur Aufsichtsratsbildung empfiehlt Sick, im Drittelbeteiligungsgesetz noch einige weitere Lücken zu schließen, beispielsweise bei der Konzernzurechnung. Der Trend zu „Scheinauslandsgesellschaften“ lasse sich am besten stoppen, wenn ein neues Gesetz die Mitbestimmung auch für in Deutschland ansässige Firmen mit ausländischen Rechtsformen verbindlich mache. Europarechtlich sei das durchaus möglich, betont der Jurist. <

Quellen: Walter Bayer, Thomas Hoffmann: Gesetzeswidrige Mitbestimmungslücken bei der GmbH, in: GmbH-Rundschau, Ausgabe 17/2015; Sebastian Sick: Mitbestimmungsfreundlicheres Klima. Report der Abteilung Mitbestimmungsförderung Nr. 13, Download: bit.do/impuls0010



LINK

Neues Portal für Mitbestimmungspraktiker: Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter brauchen umfangreiches Orientierungs- und Handlungswissen – aktuell, prägnant und passgenau auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten. Das bietet das neue **Mitbestimmungsportal** der Hans-Böckler-Stiftung unter www.mitbestimmung.de

Weniger Normalverdiener

Die Mittelschicht ist seit den 1990er-Jahren geschrumpft. Das ist eine Folge der auseinanderlaufenden Lohnentwicklung.

In den Nachkriegsjahrzehnten hat die Zwiebel die Pyramide abgelöst. Dieses Bild bringt zum Ausdruck, wie sich die Verteilung der Einkommen in der Bundesrepublik entwickelt hat: An die Stelle einer breiten Unterschicht trat eine starke Mittelschicht. Die Ungleichheit nahm ab. In jüngster Zeit mehren sich jedoch die Indizien für eine Rückverschiebung. Eine Untersuchung des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) zeigt, dass – gemessen an den am Markt erzielten Einkommen – 2013 nur noch 48 Prozent der Haushalte zur Mittelschicht gehörten. Das sind gut acht Prozentpunkte weniger als 20 Jahre zuvor.

Allerdings sagen die Markteinkommen noch nichts darüber aus, wie viel Geld ein Haushalt wirklich zur Verfügung hat. Theoretisch könnten Steuer- und Sozialpolitik die Folgen einer polarisierten Lohnentwicklung – mehr Niedriglöhne, mehr Spitzengehälter, weniger Normalverdienste – vollständig auffangen. Inwieweit dies geschehen ist, haben die IAQ-Forscher Gerhard Bosch und Thorsten Kalina ebenfalls untersucht. Es zeigt sich: Unter Berücksichtigung von Steuern, Abgaben und Sozialleistungen zählt ein viel größerer Anteil der Bevölkerung zur Mittelschicht, nämlich 78 Prozent. Geschrumpft ist die Mittelschicht aber auch in dieser Betrachtungsweise. Im Jahr 2000 zählten, staatliche Umverteilung eingerechnet, noch 83 Prozent dazu.

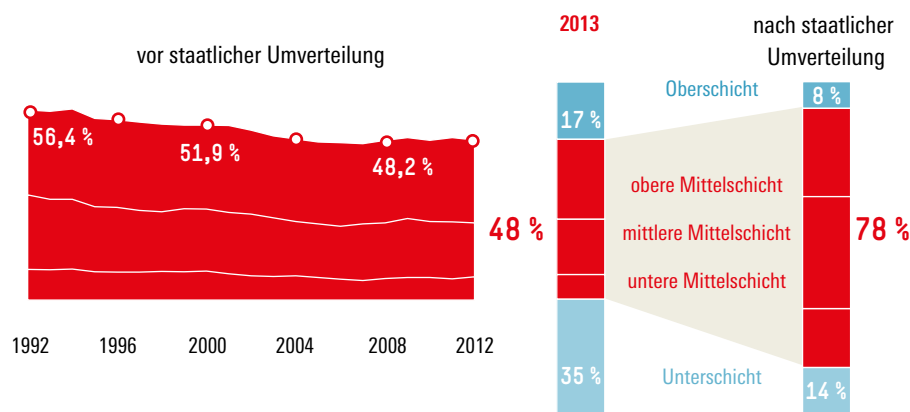
8 Prozent aller Haushalte gehören aktuell der Oberschicht an, 14 Prozent der Unterschicht. Letztere ist in besonderem Maß auf staatliche Unterstützung angewiesen. Nur knapp 40 Prozent ihrer Einkünfte sind Markteinkommen, der Rest setzt sich zu etwa gleichen Teilen aus Sozialtransfers wie Hartz IV oder Kindergeld und Zahlungen der gesetzlichen Rentenversicherung zusammen. Zugenommen hat in der unteren Einkommensgruppe vor allem die Zahl der Singles und derjenigen, die

in Minijobs oder kurzer Teilzeit nur in sehr begrenztem Umfang am Arbeitsleben teilhaben, so die Wissenschaftler.

Seit Mitte der 1990er-Jahre sind die Arbeitszeiten zwar in allen Schichten zurückgegangen. Am unteren Ende ist der Verlust jedoch am größten. Hier ist Zahl der Arbeitsstunden um

Die Mitte verliert

Von allen Haushalten gehörten zur Mittelschicht ...



Quelle: Bosch, Kalina 2015 Grafik zum Download: bit.do/impuls0016 Daten: bit.do/impuls0017

Hans Böckler Stiftung

ein Fünftel gesunken, in der Oberschicht lediglich um drei Prozent. Entsprechend würden in der Gruppe mit den niedrigsten Einkommen fast 44 Prozent gern mehr arbeiten.

Ziel der Wirtschafts- und Sozialpolitik müsse es sein, schreiben Bosch und Kalina, die Ungleichheit der Markteinkommen zu reduzieren. Die Einführung des Mindestlohns sei ein wichtiger Schritt in diese Richtung gewesen. Hinzu kommen müssten aber Maßnahmen, die Fehlanreize korrigieren: Für Arbeitgeber sollte es unattraktiver werden, Jobs mit wenigen Wochenstunden anzubieten, von denen niemand leben kann. <

Quelle: Gerhard Bosch, Thorsten Kalina: Die Mittelschicht in Deutschland unter Druck, IAQ-Report 4/2015, Download: bit.do/impuls0015

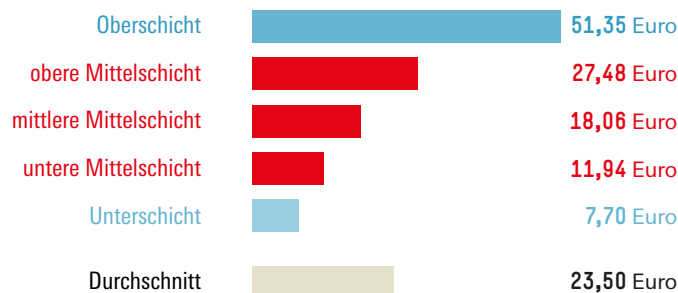


Wer zur Mittelschicht gehört

Zur Mittelschicht zählen die IAQ-Forscher Haushalte, deren Einkommen zwischen 60 und 200 Prozent des mittleren Werts liegt. Zwischen 60 und 80 Prozent liegt die untere Mittelschicht, zwischen 120 und 200 die obere. Wie in der Verteilungsforschung üblich, wird dabei mit bedarfsgewichteten Einkommen gerechnet. So wird berücksichtigt, dass ein Haushalt mit vielen Personen auf höhere Einkünfte angewiesen ist als ein Single-Haushalt. Als Datenbasis dient das Sozio-oekonomische Panel, eine jährlich wiederholte Befragung von über 10.000 Haushalten.

Löhne stark gespreizt

So viel verdiente* ein Alleinernährer durchschnittlich pro Stunde ...



* Einkommen der Jahre 2010 bis 2012

Quelle: Bosch, Kalina 2015 Grafik zum Download: bit.do/impuls0018

Hans Böckler Stiftung

Integration braucht langen Atem

Nicht nur Neuzuwanderer, sondern auch Migranten, die schon länger in Deutschland leben, brauchen mehr Unterstützung.

Zuwanderer sollen schneller einen Job finden. Darüber herrscht in der Politik weitgehend Einigkeit. In der aktuellen Diskussion geht es vor allem um Neuankömmlinge. Bereits länger in Deutschland lebende Migranten geraten häufig aus dem Blick. Dabei haben auch sie schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt und müssten gezielt gefördert werden, wie eine Analyse von Jutta Höhne und Karin Schulze Buschoff vom WSI zeigt.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes haben 16,5 Millionen Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund. Zwei Drittel von ihnen sind im Ausland geboren, die allermeisten leben schon seit mehr als zehn Jahren in der Bundesrepublik. Ein Drittel der Menschen mit Migrationshintergrund ist hier geboren, zählt also zur sogenannten zweiten Generation. Von einer gleichberechtigten Teilhabe am deutschen Arbeitsmarkt seien sie weit entfernt, konstatieren die Forscherinnen. Die Erwerbslosenquote von Migranten habe 2012 bei fast zehn Prozent gelegen – etwa doppelt so hoch wie im Rest der

über Hochschulbildung. Andererseits ist aber auch der Anteil von Personen ohne Abschluss deutlich höher als bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund, was unter anderem damit zusammenhängt, dass das System der dualen Berufsausbildung in den Herkunftsländern nicht sehr verbreitet ist.

Besonders schwierig ist die Lage für Männer ohne Berufsqualifikation, die in Deutschland geboren sind und zumindest ein Elternteil aus der Türkei oder dem ehemaligen Jugoslawien haben: Die Wahrscheinlichkeit von Erwerbslosigkeit liegt bei ihnen fast doppelt so hoch wie bei vergleichbaren Männern ohne Migrationshintergrund. Bei Frauen ohne Berufsabschluss stechen die Nachteile für die zweite Generation mit türkischem Hintergrund ebenfalls hervor – auch hier ist das Risiko von Erwerbslosigkeit fast doppelt so hoch.

Maßnahmen gegen Diskriminierung

Wer eine Ausbildung abgeschlossen hat, findet zwar eher einen Job. Im Vergleich zur übrigen Bevölkerung bestehen aber erhebliche Nachteile: Männliche Zuwanderer aus Drittstaaten mit mittlerer Qualifikation sind mit fast dreimal so hoher Wahrscheinlichkeit von Erwerbslosigkeit betroffen. Auch die Arbeitsmarktchancen von hochqualifizierten Zuwanderern sind meist schlechter: Hochschulabsolventen aus Drittstaaten sind mit drei- bis fünfmal so hoher Wahrscheinlichkeit arbeitslos wie Akademiker ohne Migrationshintergrund.

Unabhängig vom Bildungsniveau gilt also: Fast alle Migrantengruppen stoßen auf Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche. Lediglich Einwanderer aus West- und Nordeuropa sind nicht mehr und nicht weniger von Erwerbslosigkeit betroffen als die übrige Bevölkerung, erreichen gleichwertige oder bessere Positionen und sind auch mit ähnlicher oder geringerer Wahrscheinlichkeit atypisch beschäftigt.

„Die OECD zählt Deutschland mittlerweile zu einem der attraktivsten Migrationsziele“, erklären Höhne und Schulze Buschoff. Dank einer Reihe von neuen oder überarbeiteten Gesetzen sei der Zuzug von Fachkräften erleichtert worden. Es sei jedoch notwendig, nicht nur Neuzuwanderung zu fördern und zu regeln, sondern die Aufmerksamkeit auch auf eine bessere Unterstützung der bereits seit Langem in Deutschland lebenden Migranten zu richten. Die Wissenschaftlerinnen fordern, dass mehr Geld in die Qualifizierung von Menschen aus Drittstaaten fließt. Außerdem müssten Maßnahmen gegen Diskriminierung schon am Ausbildungsmarkt ergriffen werden. <

Quelle: Jutta Höhne, Karin Schulze Buschoff: Die Arbeitsmarktintegration von Migranten und Migrantinnen in Deutschland. Ein Überblick nach Herkunftsländern und Generationen, in: WSI-Mitteilungen 5/2015, Download: bit.do/impuls0019



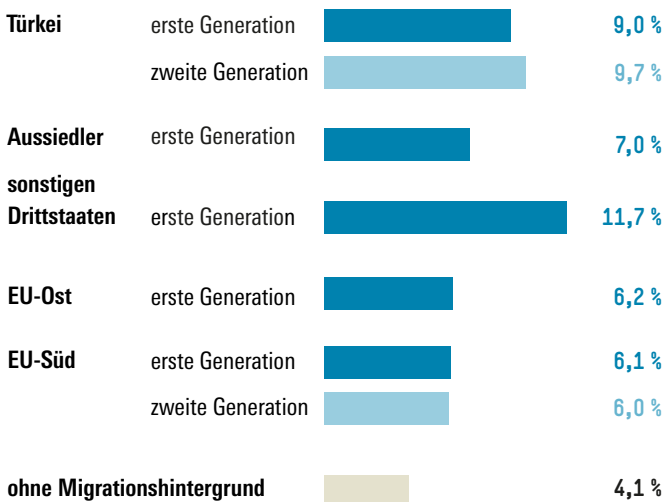
LINK

Beschäftigte mit Migrationshintergrund integrieren – Beispiele guter Praxis:

In fast jedem größeren Betrieb in Deutschland arbeiten Menschen mit Migrationshintergrund. Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung stellt verschiedene Handlungsansätze und Praxisbeispiele zur Verbesserung der Integration vor. Sie zeigt, wie Betriebsvereinbarungen dabei helfen können, die Chancengleichheit im Betrieb zu verbessern. Download: bit.do/impuls0021

Nachteile für Migranten

Die Wahrscheinlichkeit von Erwerbslosigkeit beträgt bei Männern mit abgeschlossener Lehre aus ...*



*unter Berücksichtigung von Kontrollvariablen

Quelle: Höhne, Schulze Buschoff 2015 Grafik zum Download: bit.do/impuls0020

Hans-Böckler
Stiftung

Bevölkerung. Und diejenigen, die eine Arbeit finden, müssten häufig mit weniger angesehenen Jobs vorliebnehmen. Selbst unter den Einwanderern mit Berufsabschluss sei der Anteil prekär Beschäftigter vergleichsweise hoch. „Migranten der ersten und zweiten Generation haben in Deutschland wie in vielen anderen Ländern schlechtere Arbeitsmarktchancen“, so Höhne und Schulze Buschoff.

Auffällig ist, dass es unter den Zugewanderten einerseits viele gut ausgebildete Menschen gibt: Zuwanderer aus West- und Nordeuropa sind mit einem Akademikeranteil von 36 Prozent besonders häufig hoch qualifiziert, aber auch Zuwanderer aus vielen Drittstaaten verfügen überdurchschnittlich oft

IMPRESSUM

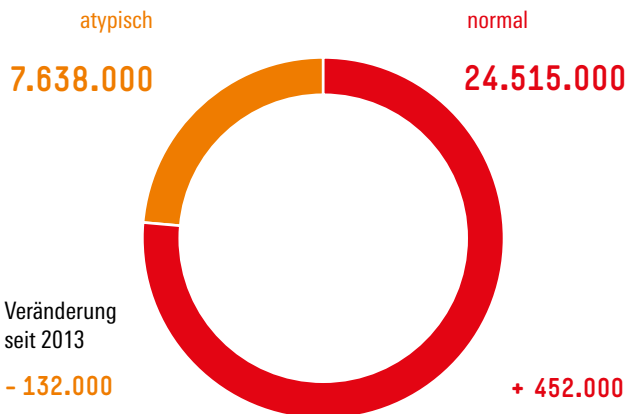
Herausgeber: Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon: 02 11 / 77 78-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger
Leiter Öffentlichkeitsarbeit: Rainer Jung
Redaktion: Philipp Wolter (Leitung), Dr. Kai Kühne, Jörg Hackhausen,
Sabrina Böckmann
E-Mail: redaktion-impuls@boeckler.de; Telefon: 02 11 / 77 78-148,
Fax: 02 11 / 77 78-207;
Druck und Versand: Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf
Nachdruck von Texten und Grafiken nach Absprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle frei
www.boecklerimpuls.de

ATYPISCHE BESCHÄFTIGUNG

„Normale“ Beschäftigung nimmt zu

Die Zahl der Erwerbstätigen in einem Normalarbeitsverhältnis ist nach Angaben des Statistischen Bundesamts 2014 auf rund 24,5 Millionen gestiegen. Ihr Anteil an den Erwerbstätigen liegt damit bei 68 Prozent. Gleichzeitig sinkt die Zahl der Arbeitnehmer, die geringfügig, befristet oder in Leiharbeit beschäftigt sind. Dabei ist zu berücksichtigen: Für die Statistikbehörde gelten Teilzeitkräfte, die mehr als 20 Stunden pro Woche arbeiten, als normalbeschäftigt. Andere Statistiken wie etwa die Datenbank Atypische Beschäftigung des WSI zählen auch diese Teilzeitbeschäftigten zur Gruppe der atypisch Beschäftigten – und konstatieren eine leichte Steigerung.

So waren Arbeitnehmer 2014 beschäftigt ...



Quelle: Destatis, August 2015, bit.do/impuls0022

ARBEITSZEIT

Tarifverträge bieten viel Spielraum

Den Achtstundentag abzuschaffen, wie es Arbeitgebervertreter fordern, wäre laut einer Analyse des WSI-Tarifarchivs unnötig und schädlich: Die bestehenden tariflichen Regelungen bieten eine Fülle an Möglichkeiten der flexiblen Arbeitszeitgestaltung wie beispielsweise befristete Anpassungen, Arbeitszeitkorridore und Arbeitszeitkonten. „Wir brauchen keine Aufweichung von Schutzregelungen, sondern eine kluge Nutzung der bestehenden Gestaltungsspielräume“, so WSI-Tarifexperte Reinhard Bispinck.

Quelle: WSI August 2015, bit.do/impuls0026

AUSBILDUNG

Reifere Bewerber bevorzugt

Ein Experiment des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB) mit fiktiven Bewerbungen zeigt: Junge Leute können sich nach dem Realschulabschluss Zeit nehmen, um sich zu orientieren. Wenn sie sich dabei berufsvorbereitend qualifizieren, steigen sogar die Chancen auf einen Ausbildungsplatz. Personalchefs laden offenbar lieber Bewerber ein, die zwei Jahre älter sind als Schulabgänger. Wer in dieser Zeit nur jobbt und sich nicht weiterbildet, verschlechtert aber seine Chancen.

Quelle: WZB, Juni 2015; Dorothea Kübler und Julia Schmid, Take your time to grow: A field experiment on the hiring of youths in Germany, WZB Discussion Paper, 2015, bit.do/impuls0027

Die Chancen, zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden, steigen zwei Jahre nach dem Realschulabschluss um ...

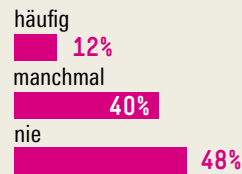
13%

wenn sich die Bewerber weitergebildet haben

BETRIEBSRÄTE

Jeder zweite Chef torpediert Mitbestimmung

Arbeitgeber versuchen die Beteiligung des Betriebsrates zu behindern* ...



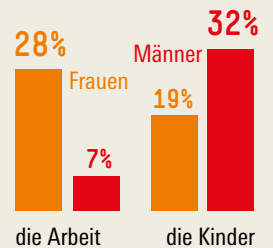
* gilt für privatwirtschaftliche Betriebe mit Betriebsrat und mit mindestens 20 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten

Quelle: WSI-Betriebsrätebefragung 2015

VEREINBARKEIT

Mütter wollen mehr arbeiten

Eltern wünschen sich mehr Zeit für ...

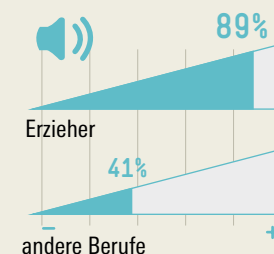


Quelle: Destatis, August 2015
bit.do/impuls0023

GESUNDHEIT

Hohe Belastung für Erzieher

Häufig Lärm ausgesetzt sind ...

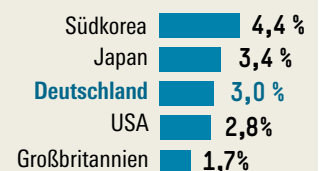


Quelle: DGB-Index Gute Arbeit, Juni 2015
bit.do/impuls0024

FORSCHUNG

Koreaner investieren am meisten in Innovation

Der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben am BIP betrug 2012 in ...



Quelle: DIW, August 2015
bit.do/impuls0025